FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Leitzersdorf

Ausgabe · August 2026 | 561402/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Liebe Leitzersdorfer,

Mit diesem Gemeindekurier möchten wir Sie über die letzte Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause informieren. Wir halten es für wichtig, Ihnen aufzuzeigen, welche Themen behandelt wurden, welche Anträge wir eingebracht haben und wie darüber entschieden wurde.

Die vergangene Gemeinderatssitzung hat einmal mehr deutlich gemacht, wie derzeit Politik in Leitzersdorf gemacht wird. Mit ihrer absoluten Mehrheit lehnt die ÖVP regelmäßig die Anträge der Opposition ab – unabhängig davon, ob es um die Unterstützung von Familien, die Schaffung von leistbarem Wohnraum oder einen sparsameren Umgang mit den Steuer- und Abgabengeldern unserer Bürger geht.
Auch abseits des Gemeinderates zeigt sich aus unserer Sicht ein bedenklicher Umgang mit dem politischen Mitbewerber. Der Ablauf beim Waschberg-Crosslauf hat einmal mehr gezeigt, dass Fairness und Gleichbehandlung leider nicht immer selbstverständlich sind.

Wir sind überzeugt, dass Demokratie vom Austausch unterschiedlicher Meinungen lebt. Eine absolute Mehrheit darf nicht dazu führen, dass Vorschläge der Opposition grundsätzlich abgelehnt oder politische Mitbewerber an den Rand gedrängt werden. Gute Ideen sollten nach ihrem Inhalt beurteilt werden – nicht danach, von wem sie kommen.

Trotz dieser Entwicklungen werden wir unseren Weg konsequent fortsetzen. Wir werden auch künftig Missstände aufzeigen, konstruktive Anträge einbringen und uns mit voller Kraft für die Interessen unserer Gemeindebürger einsetzen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Sommer und eine erholsame Urlaubszeit.

Ihr **Manfred Kreuzmann**
Fraktionsobmann und
geschäftsführender Gemeinderat
FPÖ Leitzersdorf





Budget vergessen? Für ein „spezielles“ Kunstobjekt war das Dreifache da – unsere Kinder gingen leer aus!



Die letzte Gemeinderatssitzung hat einmal mehr gezeigt, wo die Prioritäten der Leitzersdorfer ÖVP liegen. Für Prestigeprojekte ist Geld da – wenn es aber um unsere Kinder und Familien geht, wird plötzlich auf die Bremse getreten.

Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um allen Schulanfängern in Leitzersdorf ein Schulstartgeld von 100 Euro zu ermöglichen. Angesichts der hohen Inflation und der enormen Kosten für den Schulbeginn wäre das eine dringend notwendige Unterstützung für viele Familien gewesen.

Doch die ÖVP hat unseren Antrag abgelehnt.

Besonders bemerkenswert ist dabei: Das Schulstartgeld war bereits im Budget 2026 enthalten. Dieses Budget wurde von der ÖVP selbst beschlossen. Trotzdem hat sie gegen die Auszahlung gestimmt.

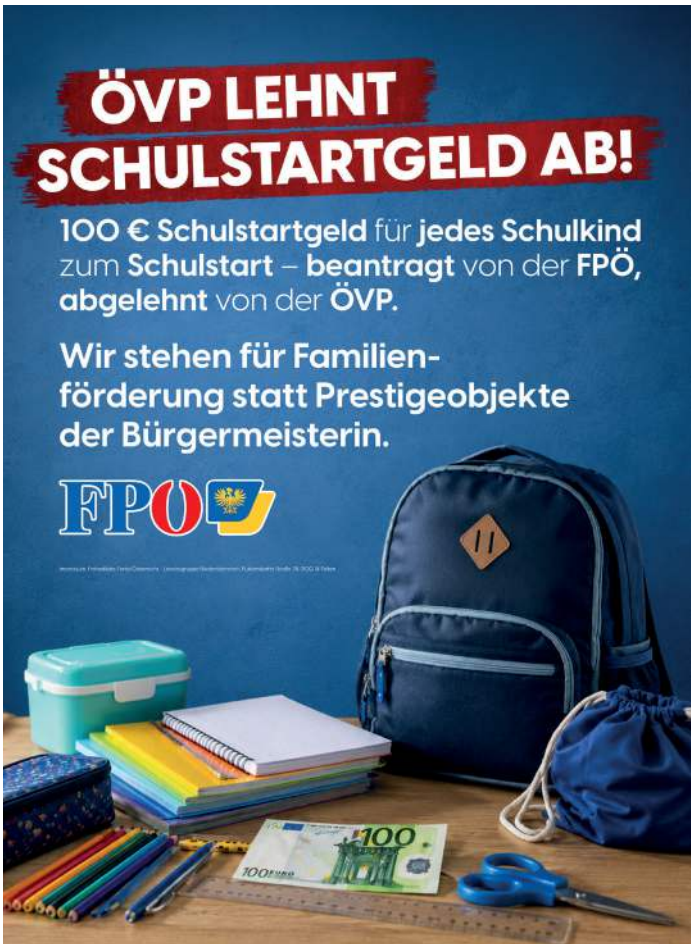
Gleichzeitig wurde für ein Prestigeprojekt Geld ausgegeben: Für die Ausstellung im ehemaligen Feuerwehrhaus wurde rund das Dreifache jener Summe ausgegeben, die für das gesamte Schulstartgeld erforderlich gewesen wäre – obwohl diese Ausgabe im Budget 2026 nicht vorgesehen war.

Für uns ist diese Vorgangsweise nicht nachvollziehbar. Deshalb fragen wir uns: Weiß die ÖVP überhaupt noch, was sie selbst mit dem Budget beschlossen hat? Die Prioritäten sprechen eine klare Sprache: Für eine Ausstellung im ehemaligen Feuerwehrhaus war das Dreifache an Geld vorhanden, für unsere Schulanfänger wurde eine bereits budgetierte Unterstützung verweigert. Wer so handelt, setzt aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte.

Wir stehen für eine Politik mit Hausverstand. Öffentliche Gelder müssen dort eingesetzt werden, wo sie den Menschen unmittelbar helfen. Kinder und Familien müssen Vorrang vor Prestigeprojekten haben.

Wir werden auch künftig konsequent dafür eintreten, dass Gemeindegelder verantwortungsvoll eingesetzt werden und Familien die Unterstützung erhalten, die ihnen zusteht. Wer das Dreifache für eine Ausstellung ausgeben kann, sollte erst recht bereit sein, unsere Kinder beim Schulstart zu unterstützen. Das ist für uns eine Frage der politischen Prioritäten.

Nicole Kreuzmann, Gemeinderätin
Ausschussvorsitzende für Bildungs-, Schul- und Kindergartenangelegenheiten



Leistbarer Wohnraum darf nicht auf die lange Bank geschoben werden!



Der Bedarf an leistbarem Wohnraum beschäftigt viele Menschen in unserer Gemeinde. Das hat sich in den zahlreichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern immer wieder deutlich gezeigt. Vor allem junge Familien und Gemeindebürger, die in Leitzersdorf bleiben möchten, suchen bezahlbaren Wohnraum – leider oft vergeblich.
Genau deshalb haben wir den Ankauf des ehemaligen Perstingerhauses in der Ernstbrunnerstraße 51 im vergangenen Jahr mitgetragen. Wir haben darin die Chance gesehen, auf diesem Grundstück leistbaren Wohnraum für unsere Gemeindebürger zu schaffen. Gleichzeitig haben wir durch einen Zusatzantrag sichergestellt, dass alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen in die weiteren Planungen eingebunden werden und nach der Übergabe eine gemeinsame Begehung erfolgt.

Die Begehung hat mittlerweile stattgefunden. Doch seit dem Ankauf ist nichts Wesentliches passiert. Das Grundstück liegt weiterhin ungenutzt, obwohl der Bedarf an Wohnungen immer größer wird. Aus diesem Grund haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Darin haben wir gefordert, dass die Bürgermeisterin unverzüglich Gespräche mit Wohnbaugenossenschaften und möglichen Projektpartnern aufnimmt, um die Möglichkeiten einer Wohnbebauung auszuloten. Außerdem sollte dem Gemeinderat bereits in der nächsten Sitzung ein Bericht über die geführten Gespräche, mögliche Konzepte und die weiteren Schritte vorgelegt werden. Ebenso war uns wichtig, dass – wie ursprünglich beschlossen – alle Fraktionen in die weiteren Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Unser klares Ziel war und ist die rasche Schaffung von leistbarem Wohnraum, insbesondere für junge Familien und Gemeindebürger.

Die ÖVP hat auch diesen Antrag abgelehnt.

Für uns ist diese Entscheidung unverständlich. Wenn bereits Geld für den Ankauf einer Liegenschaft ausgegeben wurde, dann muss auch der politische Wille vorhanden sein, das Projekt weiterzuentwickeln. Leerstand schafft keinen einzigen Quadratmeter Wohnraum. Wir werden uns daher weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass das ehemalige Perstinger Haus nicht zum Symbol des Stillstands wird, sondern endlich für das genutzt wird, wofür wir es von Anfang an vorgesehen haben: Leistbarer Wohnraum für die Menschen in unserer Gemeinde.

GGR Manfred Kreuzmann



Sparsam wirtschaften heißt:
Angebote vergleichen!



Würden Sie bei einer größeren Anschaffung zu Hause nur ein einziges Angebot einholen? Wohl kaum. Die meisten Menschen vergleichen Preise, holen mehrere Angebote ein und entscheiden sich für das wirtschaftlichste Angebot. Genau dieser Grundsatz sollte auch in unserer Gemeinde gelten – schließlich wird hier nicht mit privatem Geld, sondern mit den Steuer- und Abgabengeldern unserer Bürger gewirtschaftet.

Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach bei zukünftigen Auftragsvergaben ab 3.000 Euro grundsätzlich mindestens drei Vergleichsangebote eingeholt und dokumentiert werden sollen. Diese Angebote sollten den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und Gemeinderates vor der Beschlussfassung zur Einsicht vorliegen.

Unser Antrag hatte ein klares Ziel: mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Dass sich Preisvergleiche auszahlen, haben wir bereits mehrfach bewiesen. Dort, wo es zeitlich noch möglich war, haben wir selbst Vergleichsangebote eingeholt beziehungsweise Nachverhandlungen angeregt.

Zwei Beispiele:
Allein bei der Straßenbeleuchtung in Leitzersdorf konnten durch Einholung eines 2. Angebots rund 10.000 Euro eingespart werdenwerden. Den eingesparten Betrag haben wir in zusätzliche Lampen investiert.Durch Nachverhandlungen mit dem Bestbieter beim Straßenbau in der Siedlung konnten 30.000 Euro eingespart werden.

Unser Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt.

Für uns ist diese Entscheidung unverständlich. Wer mehrere Angebote einholt, stärkt den Wettbewerb, schafft Transparenz und spart Steuergeld.

Früher hat die ÖVP unsere Vorschläge zur sparsamen Verwendung von Steuergeld unterstützt. Heute, ausgestattet mit der absoluten Mehrheit, werden genau diese Grundsätze über Bord geworfen. Für uns bleibt klar: Jeder eingesparte Euro ist Geld, das der Gemeinde und ihren Bürgern zugutekommt.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass jeder Euro der Bürger mit größtmöglicher Sorgfalt eingesetzt wird. Sparsamkeit darf kein Schlagwort sein – sie muss gelebt werden.

GR Markus Steininger



Fairness endet nicht an der Ziellinie

Der 21. Waschberg-Crosslauf in Leitzersdorf war sportlich eine gelungene Veranstaltung.

Unser Dank gilt den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, den Organisatoren sowie allen Teilnehmern, die diesen traditionellen Lauf wieder zu einem Erfolg gemacht haben.

Getrübt wurde der positive Gesamteindruck jedoch durch den Ablauf der offiziellen Grußworte.

Während Landtagsabgeordneter Christian Gepp als Vertreter von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner die Grußworte des Landes Niederösterreich überbringen durfte, erhielt Nationalratsabgeordneter Christian Lausch diese Möglichkeit nicht. Er war als offizieller Vertreter von Sportlandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Udo Landbauer anwesend und hätte dessen Grußworte überbringen sollen.

Für uns ist nicht nachvollziehbar, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wurde. Bei einer öffentlichen Veranstaltung der Gemeinde sollten alle offiziellen Vertreter der Niederösterreichischen Landesregierung gleich behandelt werden – unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit.

Die Verantwortung für den Ablauf der Veranstaltung lag bei der Gemeinde Leitzersdorf und Bürgermeisterin Sabine Hopf. Aus unserer Sicht wäre es selbstverständlich gewesen, auch Nationalratsabgeordneten Christian Lausch die Möglichkeit zu geben, die Grußworte des Sportlandesrates zu überbringen.

Gerade der Sport steht für Fairness, Respekt und gegenseitige Wertschätzung. Diese Werte sollten nicht nur auf der Laufstrecke gelten, sondern auch auf der Bühne.

Wir hoffen, dass sich ein solcher Vorfall bei zukünftigen Veranstaltungen nicht wiederholt und künftig alle demokratisch legitimierten Mandatare und offiziellen Vertreter unseres Landes mit dem gleichen Respekt behandelt werden.





JAHRESZEUGNIS

2025/2026

für die Bürgermeisterin der Gemeinde Leitzersdorf

Name: **Sabine Hopf** Klasse: **Gemeindepolitik 2025/2026** Schuljahr: **Juli 2025 – Juli 2026**

UNTERRICHTSFACH	NOTE	ANMERKUNG
FAMILIENPOLITIK	**5** Nicht genügend	Das im Budget vorgesehene Schulstartgeld wurde trotz vorhandener Mittel abgelehnt.
LEISTBARER WOHNRAUM	**5** Nicht genügend	Das ehemalige Perstingerhaus bleibt ohne erkennbare Entwicklung, obwohl dringender Wohnbedarf besteht.
SPARSAMER UMGANG MIT STEUERGELD	**5** Nicht genügend	Es wird nicht zweckmäßig, sparsam und wirtschaftlich gearbeitet. Einsparungspotenziale werden nicht genutzt, Angebote nicht verglichen und Geld der Gemeinde nicht bestmöglich eingesetzt.
ZUSAMMENARBEIT MIT DER OPPOSITION	**5** Nicht genügend	Konstruktive Anträge werden durch die absolute Mehrheit der ÖVP regelmäßig abgelehnt – unabhängig von Inhalt und Nutzen für die Gemeinde.
PRIORITÄTENSETZUNG	**4** Genügend	Für die Ausstellung im ehemaligen Feuerwehrhaus war Geld vorhanden, für Familienförderung nicht.
FAIRNESS	**4** Genügend	Der Ablauf beim Waschberg-Crosslauf ließ aus unserer Sicht eine Gleichbehandlung aller offiziellen Vertreter vermissen.
BÜRGERNÄHE	**3** Befriedigend	Die Anliegen der Bevölkerung werden angehört – konkrete Maßnahmen lassen jedoch oft auf sich warten.

GESAMTBEURTEILUNG: **5** Nicht genügend

VERHALTEN: Befriedigend

BEMERKUNG DES KLASSENLEHRERS (FPÖ LEITZERSDORF):

Eine absolute Mehrheit ersetzt keine gute Gemeindepolitik. Wer Familienförderung ablehnt, leistbaren Wohnraum aufschiebt, nicht zweckmäßig und sparsam mit Steuergeld umgeht und konstruktive Anträge durch die absolute Mehrheit der ÖVP regelmäßig ablehnt, setzt aus unserer Sicht die falschen Prioritäten. Wir wünschen uns für das kommende „Schuljahr" mehr Dialog, mehr Transparenz, mehr Sparsamkeit und vor allem eine Politik, die wieder die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Leitzersdorf, Juli 2026

Ort, Datum

FPÖ LEITZERSDORF

Die freiheitlichen Klassenlehrer
Gemeinde Leitzersdorf

Blaue Seitenblicke



▲ FPÖ-Neujahrstreffen in Klagenfurt



▲ Ortsgruppensitzung Leitzersdorf/Niederhollabrunn
Weil uns der Austausche wichtig ist!



▲ Osterverteilaktion



▼ Wieselburger Volksfest



Bierfassspende für die FF Leitzersdorf von 2. Landtagspräsidenten Gottfried Waldhäusl ▶



◀ 30 Jahre USV Leitzersdorf



▲ Gratulation an die Feuerwehrjugend



Weintaufe des Bezirksweines auf der Burg Kreuzenstein – Taufpate LH-Stellv. Udo Landbauer ▼





▲ Sommer-Frühschoppen am Michelberg



Termin vormerken:

Zankerl-Schnapsen



6. November 2025 ab 18:00 Uhr - Gasthaus zum Fritz

Ernstbrunner Straße 33, 2003 Leitzersdorf

Veranstaltet von der Bezirkspartei - durchgeführt von der FPÖ-Ortsgruppe Leitzersdorf / Niederhollabrunn



WIRTSCHAFT GEMEINSAM STÄRKEN

KLARE **FORDERUNGEN.** KLARE **LÖSUNGEN.**

- **Bürokratie abbauen:** Freiheit für Unternehmer!
- **Faire Steuern:** Leistung muss sich lohnen!
- **Energie sichern:** Versorgung statt Teuerung!
- **Region stärken:** Jobs und Wertschöpfung vor Ort!

FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT NIEDERÖSTERREICH

Udo Landbauer bringt Bus, Bahn und Anrufsammeltaxi in ein gemeinsames System



Mobilität entscheidet über Lebensqualität. Gerade im Weinviertel wissen die Menschen ganz genau, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum anders funktionieren muss als in Wien oder in anderen Ballungsräumen. Wer am Land lebt, braucht verlässliche Verbindungen für den Weg zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt, zum Einkaufen und zurück nach Hause. Gleichzeitig muss klar sein: Ein großer Linienbus ist nicht überall und zu jeder Tageszeit die richtige Antwort. Dort, wo viele Menschen unterwegs sind, braucht es starke Linien. Dort, wo die Nachfrage geringer ist, braucht es flexible Lösungen.

Genau hier setzt das neue Verkehrsmodell „Weinviertel West“ an.

Unter der Verantwortung von Verkehrslandesrat **LH-Stellvertreter Udo Landbauer** wird der öffentliche Verkehr im westlichen Weinviertel neu geordnet. Nicht ideologisch, nicht abgehoben, sondern praktisch: Bahn, Regionalbusse und Anrufsammeltaxis werden zu einem integrierten Gesamtangebot verbunden. Das ist der richtige Weg für unsere Region.

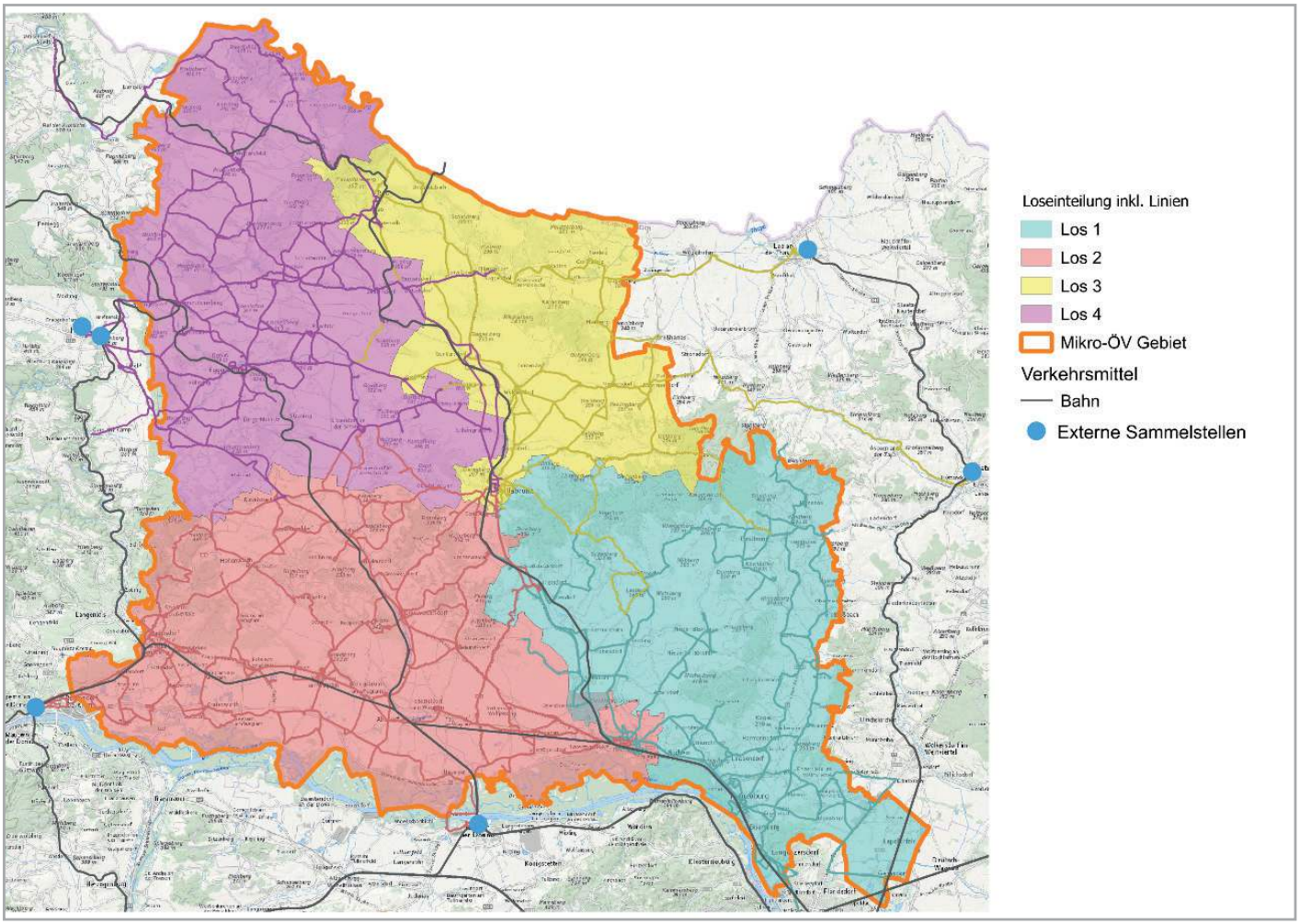
Das sogenannte leopoldi-Prinzip der NÖVOG verbindet die Stärken des klassischen Linienverkehrs mit den Stärken flexibler Bedarfsverkehre. Die Bahnlinien und die LEOpoldi Regionalbusse bilden die starken Hauptachsen. Sie sind die Hauptschlagadern des öffentlichen Verkehrs und sollen dort fahren, wo viele Fahrgäste unterwegs sind. Ergänzend dazu kommen die leoPOLDI Anrufsammeltaxis zum Einsatz. Sie kommen dort zum Einsatz, wo große Linienbusse wirtschaftlich und verkehrlich wenig sinnvoll sind – in der Fläche, auf Nebenstrecken und zu Zeiten geringerer Nachfrage.

Damit entsteht kein Flickwerk, sondern ein Gesamtmodell. Das ist der entscheidende Unterschied. Es geht nicht darum, hier ein paar Busse und dort ein paar Taxis nebeneinander fahren zu lassen. Es geht darum, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass der Bürger verlässlich von A nach B kommt. Gerade Pendler, Schüler, Familien und Senioren brauchen keine politischen Schlagworte, sondern ein Angebot, das im Alltag funktioniert

Die Leistungsdaten zeigen, dass hier nicht klein gedacht wird. Das Pilotprojekt „Weinviertel West“ umfasst rund 70 Gemeinden mit etwa 200.000 Einwohnern. Geplant sind rund 150 leopoldi Regionalbusse auf etwa 65 Linien. Diese werden pro Jahr rund 5,2 Millionen Kilometer zurücklegen. Zusätzlich sollen rund 21 leopoldi Anrufsammeltaxis Montag bis Samstag unterwegs sein. Bestellt werden können diese flexibel – telefonisch und über die poldi-App. Das Pilotprojekt wird für acht Jahre vergeben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf zehn Jahre.

Das ist ein starkes Signal für das Weinviertel. Udo Landbauer zeigt damit, dass öffentlicher Verkehr im ländlichen Raum nicht an starren Denkmustern scheitern darf. Der Verkehrslandesrat setzt auf Qualität, Verlässlichkeit und einen sinnvollen Einsatz von Steuergeld. Genau das ist freiheitliche Verkehrspolitik: Das Angebot muss den Menschen dienen – nicht irgendwelchen politischen Moden.

Besonders wichtig ist dabei die Rolle der NÖVOG. Seit Ende 2024 hat die Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft



die Gesamtverantwortung für den öffentlichen Regionalbusverkehr übernommen – also für Busse und bedarfsgesteuerte Verkehre. Das ist ein wesentlicher Schritt, weil damit Planung, Abstimmung und Verbesserung aus einer Hand erfolgen können. Buslinien müssen untereinander funktionieren. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Und flexible Angebote müssen dort eingesetzt werden, wo sie echten Nutzen bringen.

Udo Landbauer hat in dieser Frage klar gemacht, worum es geht: Öffentlicher Verkehr muss pünktlich und verlässlich sein. Das klingt einfach, ist aber der Kern jeder vernünftigen Verkehrspolitik. Die Menschen brauchen keine schönen Konzepte am Papier, sondern ein System, das sie in der Früh zur Arbeit bringt, am Nachmittag nach Hause, den Schüler in die Schule und den älteren Menschen zum Arzt.

Dass der Betriebsstart von „Weinviertel West“ nun für 2027 geplant ist, liegt nicht an politischer Untätigkeit. Der Abschluss des Vergabeprozesses hat sich wegen eines Rechtsmittels eines unterlegenen Bieters verzögert. Das ist in einem Rechtsstaat möglich und muss auch entsprechend abgewickelt werden. Wer daraus ein politisches Versagen des Landes konstruieren will, ignoriert entweder bewusst die Rechtslage oder versteht das Verfahren nicht. Ein Verkehrslandesrat kann ein Vergabeverfahren nicht einfach per Zuruf abdrehen oder einen Einspruch wegtelefonieren. Das unterscheidet seriöse Regierungsarbeit von billiger Oppositionsinszenierung.

Genau diese haltlose Inszenierung erleben wir derzeit leider von der SPÖ. Aus einer schwachen politischen Position heraus wird versucht, die Verantwortung für das Auslaufen des Anrufsammeltaxis im Bezirk Korneuburg dem Land Niederösterreich umzuhängen.

Das ist falsch. Es ist eine tatsachenwidrige Darstellung und eine Nebelgranate auf Kosten der Bürger.



Die Fakten sind klar: Das regionale Anrufsammeltaxi-System im Bezirk Korneuburg geht auf das Jahr 2015 zurück. Damals startete das Vorgängermodell „Korneuburg ISTmobil“ als regionales Zusatzangebot. Dieses Angebot war aber nie das Grundangebot des Landes Niederösterreich. Es wurde von der Region zusätzlich zum bestehenden Regionalbusangebot eingeführt.

Genau deshalb war auch immer klar: Die Gemeinden bestellen, organisieren und tragen ihren Anteil. Das Land kann fördern – und das Land hat gefördert.

Auch für das Betriebsjahr 2026 wurde die Landesförderung zugesagt. Konkret geht es um 200.528 Euro Landesförderung bei 469.800 Euro Gesamtkosten. Das Land Niederösterreich hat damit geliefert. Es hat seine Aufgabe als Fördergeber erfüllt. Wer jetzt behauptet, das Land habe „abgedreht“, verbreitet eine Unwahrheit. Die Einstellung von „Korneuburg mobil“ per 30. Juni 2026 beruht auf einer Entscheidung der beteiligten Gemeinden. Diese Gemeinden finanzieren und bestellen das System. Wenn sie die Verträge nicht weiterführen, dann ist das eine regionale Entscheidung. Und ja:

Dazu gehören auch Gemeinden, in denen die SPÖ kommunalpolitische Verantwortung trägt oder mitverantwortlich ist. Gerade deshalb ist die rote Empörung besonders durchsichtig.

Dort, wo man selbst in den Gemeinden Verantwortung trägt, will man plötzlich nichts mehr davon wissen – und zeigt mit dem Finger auf das Land.

Dabei wäre der Weg klar gewesen. Bis zur Umsetzung von „Weinviertel West“ hätte die Region das bestehende Zusatzangebot weiterführen und für eine weitere Förderung beim Land ansuchen können.

Das Land steht weiterhin als Fördergeber im Rahmen der geltenden Regeln zur Verfügung. Aber eines muss auch gesagt werden: Wer ein zusätzliches Angebot bestellt, muss auch bereit sein, den nach Abzug der Förderung verbleibenden Anteil zu tragen. Verantwortung kann man nicht nur dann übernehmen, wenn sie politisch angenehm ist.

Mit dem Start von „Weinviertel West“ wird sich diese Struktur ohnehin grundlegend verbessern. Dann werden große Teile der bedarfsgesteuerten Grundversorgung in das neue Landesgrundangebot integriert.

Für die Gemeinden bedeutet das: Künftig fällt für die ausgeschriebene bedarfsgesteuerte Grundversorgung kein eigener Kostenbeitrag mehr an. Gerade das zeigt, wie sinnvoll das neue Modell ist. Es nimmt nicht nur den Bürger ernst, sondern entlastet auch die kommunale Ebene.

Eine zentrale Rolle in dieser Auseinandersetzung nimmt auch LAbg. Mag. Hubert Keyl ein.

Als Verkehrssprecher der FPÖ Niederösterreich, als Obmann des Verkehrs-Ausschusses im NÖ Landtag und als Bezirksparteiobmann im Bezirk Korneuburg kennt er die Lage vor Ort und die Abläufe im Landtag. Er hat in der Debatte klar ausgesprochen, was Sache ist: Das Land liefert. Die Gemeinden haben eingestellt. Und die SPÖ versucht, mit einer armseligen Inszenierung von dieser Tatsache abzulenken.



LAbg. GR Mag. Hubert Keyl
Fraktionsobmann

Keyl steht dabei für eine Politik, die sich nicht von Schlagzeilen treiben lässt, sondern die Zuständigkeiten sauber benennt.

Gerade im Verkehr braucht es Sachlichkeit. Wer bestellt? Wer zahlt? Wer fördert? Wer entscheidet? Diese Fragen muss man beantworten, bevor man politische Vorwürfe erhebt. Genau das wurde im Landtag klargestellt. Die Freiheitlichen stehen zu einer funktionierenden Mobilität im Weinviertel.

Wir wissen: Das Auto bleibt im ländlichen Raum unverzichtbar. Aber dort, wo öffentlicher Verkehr sinnvoll ist, muss er auch verlässlich und sauber organisiert sein. Das neue Modell „Weinviertel West" ist deshalb ein wichtiger Schritt. Es verbindet starke Linien mit flexiblen Angeboten. Es berücksichtigt die Realität der Fläche.

Und es folgt einem einfachen Grundsatz: Öffentlicher Verkehr muss dem Bürger nützen. Während andere Parteien versuchen, aus Verzögerungen im Vergabeverfahren oder aus kommunalen Entscheidungen parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, arbeitet Udo Landbauer an einer strukturellen Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortung und Theater.

Für das Weinviertel bedeutet „Weinviertel West" eine echte Chance: mehr Ordnung im System, bessere Abstimmung von Bus und Bahn, flexible Ergänzung durch Anrufsammeltaxis und ein Angebot, das auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum zugeschnitten ist.

Genau diesen Weg werden wir Freiheitliche weiter unterstützen.





EINLADUNG ZUM

FRÜHSTÜCK IM SÜDEN

DER FPÖ LEITZERSDORF

SONNTAG

23

AUGUST

KELLERGRUND 1
2003 LEITZERSDORF

VON: **08:30 UHR**
BIS: **11:30 UHR**

DER **REINERLÖS** DER **FREIWILLIGEN SPENDEN,**
GEHT AN **ORTSANSÄSSIGE VEREINE.**

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!